

## Genossenschaftsmitglieder für den Mietendeckel

Als Genossenschaftsmitglieder sprechen wir uns für den aktuellen Entwurf des Mietendeckels aus. Ein Mietendeckel, würde nicht nur Genossenschaftsmitgliedern ermöglichen, bezahlbaren Wohnraum zu bewohnen. Als Profitierende des Genossenschaftsprinzips, wollen wir eine soziale Stadt mit einem nachhaltigen, bezahlbarem und humanen Wohnkonzept. Wir sehen den Mietendeckel als einen Anfang. Der Mietendeckel ist eine Absage an jegliche Spekulation mit Grund und Boden. Dies ist der eigentliche Grund für explodierende Mieten und völlig überbewertete Neubauvorhaben. Wohnraum darf nicht Renditezwecken dienen, sondern Menschen, die darin sicher wohnen können.

Seit Wochen wird der Mietendeckel in der Öffentlichkeit diskutiert. Auch einige Wohnungsgenossenschaften betonen vermehrt, welche negative Folgen er vermeintlich für sie haben wird. Wir sind verwundert und verärgert über den Verlauf der Diskussionen. In der Öffentlichkeit zeichnet sich das Bild ab, als herrsche in DEN Genossenschaften Einigkeit über die negativen Folgen des geplanten Mietendeckels.

Das tut es nicht!

Wir Mitglieder wurden nie nach unserer Meinung gefragt. Die grundsätzliche Positionierung gegen einen Mietendeckel ist allein die Position der meisten, wenn auch nicht aller Vorstände und Geschäftsführenden unserer Genossenschaften. Sie bildet weder ein Stimmungsbild, noch eine einheitliche Position aller Mitglieder ab.

Im Gegenteil: Unter den Mitgliedern gibt es viele Stimmen, die sich für bezahlbaren Wohnraum für Alle und den Erhalt wichtiger Kiezstrukturen aussprechen und den Mietendeckel als ein geeignetes Mittel zur Umsetzung sehen. Darüber hinaus wollen wir, dass der Wohnungsmarkt auch nach dem Mietendeckel reguliert wird und nicht erneut explodiert. Die Flächendeckende Plakat- und Flyeraktion des Verbands Wohnungsbaugenossenschaften Deutschland e.V. empört uns und wir fühlen uns - letztendlich als die, die so etwas mit ihrem Nutzungsentgelt mitfinanzieren - vereinnahmt. Diese Kosten hätten sinnvoller genutzt werden können. Diese Kampagne ist zutiefst unsolidarisch, gegenüber allen Mieter\*innen, die extrem unter der überspannten Wohnungssituation leiden.

Ein Mitglied beschreibt: *„Wir sind unendlich wütend und enttäuscht. Die Vorstände und Geschäftsführungen handeln gegen unsere Interessen, mit ihren Schmutzkampagnen gegen den Mietendeckel. Wir wollen eine soziale Stadt mit gedeckelten Mieten.“*

Der Inhalt des Informationsflyers dieser Kampagne (im Anhang zu finden), der teilweise in unseren Briefkästen landete, ärgerte uns sehr. Genossenschaftsmitglieder werden auf populistische Weise vor dem Mietendeckel gewarnt: Kein Neubau, keine Modernisierungen und energetischen Sanierungen, keine Instandhaltung seien mehr möglich, und Kitas und Schul- und Bildungseinrichtungen, die geschlossen werden müssten. Mit Blick auf die Rücklagen der Genossenschaften ist es verwunderlich, dass der Mietendeckel dafür sorgen soll, dass Genossenschaften jetzt den Bach runtergehen.

Selbstverständlich sind wir dafür, dass der Entwurf zum Mietendeckel den Erhalt des Genossenschaftskonzeptes absichert. Jedoch sehen wir keinen Anlass, den Mietendeckel deshalb als Ganzes abzulehnen. Im Gegenteil sehen wir die Genossenschaften in der Verantwortung mit ihrer fachlichen Kompetenz und Expertise an der Gestaltung eines nachhaltigen und zielführenden Mietendeckels mitzuwirken. Gerade in der aktuell noch fehlenden Anschlussregelung nach dem zeitlich begrenzten Mietendeckel sehen wir die Genossenschaften in der Verantwortung gemeinwohlorientiert mitzugestalten.

Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt wird immer schwieriger und die mittlerweile sehr große Mieter\*innenbewegung zeigt, dass es sich um ein gesamtgesellschaftliches Problem handelt.

Der Mietendeckel ist die erste Anerkennung der Berliner Regierung, für die Forderungen der Mieter\*innen dieser Stadt, die seit Jahren kämpfen.

Ein Mitglied äußert sich wie folgt dazu: *„Die Mietenentwicklung der letzten Jahre hat bereits ein unsoziales und ungerechtes Klima in unserer Stadt erzeugt. Die derzeitigen Mieten sind der Grund für die meisten Zwangsräumungen und menschenunwürdigen Wohnverhältnisse. Der Mietendeckel bietet nun eine Alternative zum Status Quo.“*

Mit dem Mietendeckel wird der Wahnsinn zwar nicht völlig beendet, doch er reagiert auf ihn und will ihn eindämmen.

Auch wir halten es für wichtig über einen gegenwärtigen Mietenstopp hinauszugehen und die fatale Entwicklung der Mietpreise ein Stück weit rückgängig zu machen. So unterstützen wir auch die Möglichkeit, Mieten bis zu der vorgeschlagenen Obergrenze, die sich am Mietspiegel von 2013 orientiert, abzusenken. Dadurch wird die soziale Mischung in unseren Quartieren strukturell unterstützt und der Segregation in den Wohnquartieren entgegengewirkt.

Gerade Genossenschaften, die dem Wohlergehen ihrer Mitglieder verpflichtet sind, orientieren sich in ihrer Mietpreispolitik sowieso an einer 'Kostenmiete' und sollten daher das Anliegen einer Deckelung spekulativen Mietenwahnsinns vehement unterstützen.

Ein Mitglied dazu: *„Wir haben uns aus einem ganz bestimmten Grund für das genossenschaftliche Wohnen entschieden: Wir wollten selbst entscheiden, wie die Konditionen für unseren Wohnraum ausgestaltet werden und wir wollten nicht der Willkür eines Vermieters ausgesetzt sein. Was also soll mit jenen passieren, die keinen Einfluss auf ihre Wohnsituation haben und damit gewissermaßen der Willkür ihrer Vermieter\*innen ausgesetzt sind? Dafür schlägt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen eine konkrete Lösung vor. Diese wird nun von renditeorientierten Wohnungsunternehmen, mit der SPD an ihrer Seite, abgewatscht.“*

**Genossenschaftsmitglieder der EVM Berlin eG, Möckernkiez eG, Wohnungsgenossenschaft „Am Ostseeplatz“ eG, Wohnungsgenossenschaft Neukölln eG und Treptower Park eG**